

W^o - 186.

186

WIENER KASSE AUS KORRESPONDENZ
Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Miesner
24. Jahrg. Wien, Montag, 19. Mai 1914.

Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien 1914/15.

Der Stadtrat begann heute vormittags mit der Beratung des Hauptvoranschlags der Stadt Wien für das Jahr 1914/15. Den Vorsitz führten Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Vizebürgermeister Hierhammer. Das Referat erstattete wie alljährlich VB. HoB. Der Beratung waren zugezogen: Magistratsreferent Magistratsrat Dr. Held, von der Stadtbuchhaltung Direktor Stieler und Oberrechnungsrat Hillinger, ~~zusammen mit~~ ferner ~~zu~~ einzelnen Spezialvoranschlägen die Magistratsreferenten Dr. Ehrenberg, Dr. Mang und Schaufler sowie Stadtbaudirektor Goldmund und Oberbaurat Trnka.

Referent VB. HoB. besprach zuerst die allgemeine wirtschaftliche Lage und die finanzielle Lage der Gemeinde Wien, erwähnte, daß das Anlehen des Jahres 1902 bereits vollständig erschöpft sei, ^{360 Mill.} daß von dem noch zu vergebenden Reste des Anlehens vom Jahre 1908 per 160 Mill. K bereits ein Betrag von 60 Mill. Mark gegen seinerzeitige Refundierung vergeben wurden und ~~da~~ dann auf das Ermächtigungsgesetz für das neue Anlehen zu sprechen. Das Investitionsprogramm dieses Anlehens werde noch eingehend bei der Beratung über dieses Anlehen besprochen werden. Der Referent betonte, daß durch die in der letzten Zeit vorgenommene Regulierung der Beamten und Bediensteten der städtischen Unternehmungen rund 2 Mill. K weniger aus den Unternehmungen an die Gemeinde Wien abgeführt wurden, was auch im Voranschlag zum Ausdruck kommt.

Speziell über den vorliegenden Voranschlag gab der Referent folgende Darstellung:
Nach dem Uebergangsbudget für das 1. Halbjahr 1914, das ich im Vorjahre vorzulegen die Ehre hatte, haben wir uns nunmehr wieder mit einem Voranschlag für ein volles Jahr, d. h. für das Verwaltungsjahr 1914/15 zu befassen und enthält der vorliegende Hauptvoranschlag die Einnahmen und Ausgaben der Stadt Wien für die Zeit vom 1. Juli 1914 bis 30. Juni 1915.

Der Voranschlag für 1914/15 weist in formeller Beziehung einige Neuerungen auf. Der Rathaukeller und das Lagerhaus sind als selbständige Unternehmungen behandelt und es sind für sie besondere Betriebsvoranschläge verfaßt worden, so daß im Hauptvoranschlag nicht mehr ihre Einnahmen und Ausgaben sondern ihre Betriebsergebnisse zu erscheinen. In die Gruppe IX sind die bisher in den Gruppen I und 13 enthaltenen Posten Arbeit und Dienstvermittlung, Wohnungsfürsorge, Rechtsauskunft und Berufsvorbereitung mit der Post „sonstige humanitäre Zwecke“ unter einer Rubrik Wohlfahrtswesen zusammengefaßt und der Gruppe IX deshalb die Bezeichnung „Armen- und Wohlfahrtswesen“ gegeben worden. Zu bemerken ist noch, daß in der Bilanz und Bedeckung die bisher

üblichen Bezeichnungen kurrente Einnahmen und Ausgaben für kurrente Zwecke, durch die einfacheren und verständlicheren Bezeichnungen ordentliche und außerordentliche Einnahmen und Ausgaben ersetzt worden sind. Der Rechnungsabschluß für 1913 konnte bis jetzt nicht fertiggestellt werden und kann derselbe daher auch nicht mit dem Voranschlag referiert werden und war es aus diesem Grunde auch nicht möglich im Voranschlag 1914/15 zum Zwecke der Vergleichung die Erfolgswerte für 1913 anzuführen, so daß im Voranschlag nur die Erfolgswerte für 1912 angeführt sind und bei den Vergleichen mit 1914/15 darauf Rücksicht zu nehmen sein wird, daß zwischen denselben ^{ein} Zeitraum von 1 1/2 Jahren liegt und die Steigerung mancher Voranschlagsposten infolgedessen entsprechend höher ist.

Nach dem Hauptvoranschlag betragen die ordentlichen Ausgaben 176,419.900 K und die außerordentlichen Ausgaben 69,254.740 K, wovon sich ein Gesamterfordernis von 245,674.640 K ergibt. (1913 - 237,498.070 K) Die ordentlichen Einnahmen per 107,818.420 K zuzüglich des ~~Ertrages~~ Ertrages der städt. Um-lagen, welche zu den ordentlichen Einnahmen zählen, per 75,212.950 K, zusammen per 183,031.270 K ergeben gegenüber den ordentlichen Ausgaben von 176,419.900 K einen Ueberschuß bei der ordentlichen Gebarung von 6,611.470 K. - Von den außerordentlichen Ausgaben entfallen auf außerordentliche eigene Ausgaben einschließlich der 1 Million K-Reserve für Unvorhergesehene 16,718.690 K und auf Ausgaben für Anlehensgelder 52,536.050 K. Die Bedeckung der letzteren ist mit 35,961.800 K aus Anlehensgeldern und mit 16,574.250 K aus den Abschreibungsreserven der städt. Unternehmungen gegeben.

Bei der eigenen außerordentlichen Gebarung ergibt sich ein Abgang von 14,417.780 K, wovon durch den Ueberschuß der ordentlichen Gebarung 6,611.470 K bedeckt sind, so daß ein aus der Gebarung unbedecktes Erfordernis von 7,806.310 K verbleibt, das aus den Kassenbeständen bestritten werden muß. Berücksichtigt man jedoch, daß gewisse außerordentliche Ausgaben und zwar die Kosten für Bahneindeckungen und Wienflußregulierungsarbeiten, ferner die Kosten des Antshausbäues in der Felderstraße und der Kaufschillingarrest für die Gründe der Englischen Gasgesellschaft mit zusammen 1,817.000 K schon auf Grund früherer Gemeinderatsbeschlüsse von vorneherein auf die Kassenbestände überwiesen wurden, so beträgt der aus den Kassenbeständen zu bedeckende Abgang der Gebarung eigentlich nur 5,989.250 K wie er auch richtig in der Bilanz und Bedeckung ausgewiesen ist. Dieser große Gebarungabgang ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß einerseits bei den ordentlichen Einnahmen infolge der kürzlich vorgenommenen Regulierung der Bezüge des Gaswerks- und Straßenbahnpersonals mit einer um 2 Mill. K verminderten Abfuhr gerechnet werden mußte, andererseits aber für außerordentliche eigene Ausga-

ben der ganz ungewöhnliche Betrag von 16,760.000 K (Schulbauten 3,8 Mill., Ankauf von Realitäten und Gründen 3,090.000 K, Errichtung eines Beamten-Erholungsheimes in Arbe 230.000 K, Antshaus Felderstraße 1 Mill. K, Errichtung und Ausgestaltung von Gartenanlagen und Baumpflanzungen 615.000 K, Erweiterung der öffentlichen elektrischen Beleuchtung 249.000 K, Bau des Hauptsammelkanales in Kaiser Ebersdorf 300.000 K, Friedhofserweiterungen 720.000 K, für Bäder 1,1 Mill. K, Schaffung einer Wäscherei für städt. Humanitätsanstalten 300.000 K, Vergrößerung des Küchengebäudes im Versorgungsheim Lainz 220.000 K, Bau des Belegpavillons I im Wiener Versorgungsheim 300.000 K, Bau des Belegpavillons II daselbst 1 Mill. K, Allgemeine Wahlen für den Landtag 290.000 K, Errichtung eines gewerblichen Musterlagers 6. Bez. 300.000 K und Reserve für unvorhergesehene Auslagen 1 Mill. K sowie div. kleinere Posten), um 5 Mill. K mehr als im Durchschnitt der letzten Jahre beansprucht wurde. In der Annahme, daß die Ursachen des Gebarungabganges nur vorübergehender Natur sind, die Abfuhr des Gaswerks und Straßenbahnen voraussichtlich wieder steigen und das außerordentliche Erfordernis nicht so hoch bleibt, könnte mit Zuversicht ausgesprochen werden, daß auch die Störung im Gleichgewichte der eigenen Gebarung nur eine vorübergehende ist. Der bare Kassarest der eigenen Gelder wird am 30. Juni 1914 rechnungsmäßig rund 11,350.000 K betragen. Nach Abzug verschiedener auf die Kassenbestände bereits verwiesener Beträge (2,830.000 K) und des zur ungestörten Kassagebarung erfahrungsgemäß notwendigen Betrages von 6,5 Mill. K, verbleibt ein Betrag von 2,020.000 K, rund 2 Mill. K, zur teilweisen Deckung des Abganges für außerordentliche Zwecke. Hinsichtlich der Bedeckung des restlichen Abganges von 3,889.250 K wird angenommen, daß aus dem Vorschusse von 10,000.000 K, welcher dem Anlehen 1908 im gegeben wurde, im Jahre 1914/15 ein Betrag von obigen Abgange zurückgezahlt werden wird.

Nach den Aufzeichnungen der Buchhaltung zeigt es sich, daß die ordentlichen Ausgaben um 4,82 % die ordentlichen Einnahmen aber nur um 3,63 % gestiegen sind. Es steht also der Steigerung der Ausgaben eine bedeutend geringere Steigerung der Einnahmen gegenüber und diese Tatsache mahnt zur größten Sparsamkeit. Von den nicht für Rechnung der eigenen Gelder veranschlagten ~~aus~~ außerordentlichen Ausgaben per 52,536.050 K, wovon 32,718.050 K auf die Unternehmungen und 19,818.050 K auf die eigenen Erfordernisse (Museum, Feuerwehr, Erwerbung von Grundstücken, Pflasterungen, Umbau der Aspernbrücke und sonstige Erdarbeiten, Hochquellen-Wasserleitung, Kanalbau, Marktwesen, insbesondere Bau eines Kontumazmarktes und Seuchenhofes, Ausgestaltung des Baschmarktes, Neugebäude Erwerbung, Jubiläumshospital, Beitrag zum technischen Museum und kleinere Posten) entfallen, sind 34,803.000 K, aus den Anlehensgeldern zu bestreiten. Vom Investitionsanlehen 1912 - 1,898.200 K, die

den Beständen dieses Anlehens Ende Juni 1914 bedeckt sind und auf das Investitionsanlehen vom Jahre 1908 32,905.000 K, die in dem Erlöse aus den 60 Mill. Mark Kassenscheinen ihre Deckung finden, im vorliegenden Hauptvoranschlag wurde entsprechend den vorhandenen Mitteln getrachtet, wovon was notwendig ist tunlichst zu berücksichtigen und hoffe ich, daß die Herren bei der Durchberatung des Voranschlags zur Ueberzeugung gelangen werden, es sei unter Berücksichtigung der bestehenden finanziellen Verhältnisse, tatsächlich auch im weitestgehenden Maße den Bedürfnissen der Allgemeinheit entsprechen werden.

Redner schloß: Indem ich mir erlaube an die geehrten Herren das höfliche Ersuchen zu stellen, sie mögen unter Berücksichtigung der obwaltenden bekannten materiellen Lage der städt. Gemeinde Wien und dem Umstände Rechnung tragen, daß für jeden Bezirk die wichtigsten Ausgestaltungen vorgesehen wurden, sich gütig für ~~den~~ die Hauptvoranschlagsposten aussprechen, bitte ich um Eröffnung der Beratungen über den Voranschlag.

Nach einer kurzen Generaldebatte wurde dann sofort in die Spezialdebatte eingegangen und mit der Beratung der Gruppe I „Verwaltung im Allgemeinen“ begonnen.

Bei der Ausgabe Post „Bezüge der Beamten des Hilfsstatus für Architektur“ fragte Regierungsrat Schmid, in welchem Stadium die von ihm beantragte Regulierung dieses Status sich befindet. Der Bürgermeister erwiderte, daß er die Angelegenheit ehebaldigst einer Regelung zuführen werde.

Bei der Ausgabe Post „Löhningen der von den Bezirksvorstehern aufgenommenen zu verschiedenen Dienstleistungen, jedoch nicht als Schreibkräfte verwendeten Personen“ stellte StR. Oppenberger die Abfrage über den Stand der Regulierung der sogenannten Kanzleischreibkräfte. Der Bürgermeister versprach alles daranzusetzen, daß diese Angelegenheit noch vor den Sommerferien beschleunigt ~~würde~~ wird.

Bei der Post „Remunerationen für die Verfassung des statistischen Jahrbuches und des Verwaltungsberichtes“ teilte der Bürgermeister mit, daß nunmehr infolge des geänderten Budgetjahres auch eine Verschiebung des Herausgabetermines für das statistische Jahrbuch eintreten muß. Er habe angeordnet, daß das nächste Jahrbuch einen Zeitraum von 1 1/2 Jahren soll.

Bei der Post „Bauliche und sonstige Herstellungen in neuen Rathäusern“ regte StR. Schmid die Schaffung eines Raumes zum Studium der Akten für die Stadträte und die Herstellung von Parteienräumen an. Dr. Weiskirchner bemerkte, er werde diesem Wunsche Rechnung tragen, wenn die städtischen Sammlungen aus dem Rathause fortkommen.

StR. Baurat Schneider sprach den Wunsch aus, die Rathausverwaltung sei zu beauftragen, bei Vornahme von Adaptierungsarbeiten mit größter Sparsamkeit vorzugehen. Zu demselben Gegen-

186/162

186

ad Hauptvoranschlag.

In der Nachmittagsitzung des Stadtrates wurde die Beratung des Budget fortgesetzt:

Gruppe III (Gemeindevermögen). Bei der Post „Ertrag der städtischen Steinbrüche“ weist StR. Grünbeck darauf hin, daß am Exelberg eine weit mehr als ausreichende Menge von Schotter liegt und trotzdem seitens des Beamten Ersatzkontrahenten zur Lieferung von Schotter herangezogen werden. Dies sollte im Interesse der Gemeinde Wien aus finanziellen Gründen unterlassen werden.

Bei der Post „Erlös durch die Veräußerung von Realitäten und Gründen“ beantragt StR. Schmid den Verkauf der Museumsparzelle im 4. Bezirk nächst dem Karlsplatz, damit endlich dem jetzigen Zustand daselbst abgeholfen wird. Weiters beantragt er den Verkauf der alten Paulanerschule, welche Realität gegenwärtig zu Bureauzwecken der städtischen Straßenbahnen verwendet wird und ein Verkehrshindernis bildet.

StR. Gräf argüert die Verwertung der Oelfabriksgründe im 17. Bezirk. - Der Referent erwidert, daß das Stadtbauamt demnächst eine Vorlage einbringen wird.

StR. Schneider verlangt die Verwertung der der Gemeinde gehörigen Bauplätze im 20. Bezirk angrenzend an das Amtshaus des magistratischen Bezirksamtes.

Bei der Post „Ausgaben für Amts- und Anstaltgebäude“ regt StR. Wagner an, für das Amtshaus Leopoldstadt, welches allmählich zu klein werde, durch den Ankauf einer entsprechenden Realität eine Erweiterung zu schaffen. StR. Oppenberger unterstützte diesen Antrag.

Bei der Post „Auslagen für das Gut Cobenzl“ wünscht StR. Knoll Aufklärungen über diese mit 116.350 K veranschlagte Post. Referent VB. Hoß gibt dieselben.

Bei der Post „Ankauf von Realitäten und Gründen“ beantragt StR. Fraß die Durchführung der Seidengasse im 7. Bezirk bis zur Neubaugasse aus Verkehrsrücksichten. - StR. Rain beantragt die Durchführung der Pfeilgasse im 8. Bezirk. - StR. Gräf beantragt die Regulierung der Sandleitengasse und Maroltingergasse behufs endlicher Durchführung der Straßenbahnverbindung mit Hernals. - StR. Brauneiß wünscht die Unterbringung des Realgymnasiums im 14. Bezirk auf den der Gemeinde Wien gehörigen Grundstücken 14. Bezirk Seehausenstraße 93 bis 95.

Bei der Rubrik „Schulbauten“ regt GR. Wagner die Erbauung einer Schule bei den Straßenbahnhäusern 2. Bezirk im Zuge der Engerthstraße beim Dürrkratzplatz an. VB. Hoß bemerkt, daß die Vorarbeiten für diese Schule bereits im Zuge sind. - StR. Schmid

wünscht die Errichtung eines Neubaus in der Schelleingasse an Stelle der Schule in der Alleeingasse im 4. Bezirk. - StR. Rain wünscht die schleunige Vorlage des Projektes für den Bau einer Ersatzschule für die Piaristenschule. VB. Hierhammer und StR. Schwer unterstützen diesen Wunsch. - StR. Braun wünscht Aufklärung, wie lange noch die Realschule im Schulgebäude Molitorgasse verbleiben wird, da der Platz in dieser Schule dringend für Volksschulzwecke gebraucht wird. - StR. Brauneiß wünscht die schleunige Vorlage des Projektes für Erbauung einer Schule auf der Schmelz. - StR. Knoll verlangt die Erwerbung von Schulbauplätzen an der Leopoldauerstraße in der Nähe der Mauthnerischen Fabrik. - VB. Hoß reflektiert in längeren Ausführungen auf alle bei der Post vorgebrachten Anträge und Wünsche, worauf die Post angenommen wird.

Bei der Post „Kindergärten“ beantragt StR. Brauneiß die Erbauung eines Kindergartens im 14. Bezirk.

Bei der Post „Amtshäuser“ wünscht StR. Brauneiß die Einstellung eines Betrages für die Erbauung eines Amtshauses im 14. Bezirk. - VB. Hoß bemerkt, daß der Bau eines solchen Amtshauses im Investitionsprogramm enthalten ist.

Bei der Post „Umwandlung der Räume des Hoftraktes des Hauses 2. Bezirk Zirkusgasse 5 für Wohnzwecke“ beantragen die StR. Oppenberger und Wagner die Umwandlung dieser Räume zu Kleinwerkstätten.

Bei der Post „Zubeh zum Mariakka Bezirksgericht Hietzing“ beantragt StR. Zatzka, der Stadtrat möge gegen eine Verlegung des Bezirksgerichtes Hietzing energisch protestieren.

Bei der Post „Einnahmen aus den etädt. Straßenbahnen“ netapinit sich eine eigene Debatte, an welcher sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner sowie die Stadträte Knoll, Schwer, Hetsch, Rain, Schmid, und Dr. Mataja. StR. Oppenberger bemängelt die stetig fallende Tendenz der Post. - VB. Hoß bemerkt, daß dies durch den Bau unproduktiver Linien und durch dienstetig steigenden Aufwand für die Bediensteten verursacht werde. Es wird in Zukunft die größte Sparsamkeit obwalten müssen.

Gruppe IV (Gemeindeschuld) und Gruppe V (Sicherheitswesen) werden ohne Debatte genehmigt.

Bei der Gruppe VI „Öffentliche Arbeiten“ wird zunächst das Pflasterungspräliminare beraten. StR. Heindl wünscht die Auswechslung des Granitpflasters und weitestgehende Herstellung von geräuschverminderndem Pflaster im ganzen 1. Bezirk.

StR. Wagner wünscht die Regulierung Asphaltierung des Volkertplatzes und seiner Umgebung sowie die Herstellung geräuschvermindernden Pflasters vor der Schule Obere Augartenstraße. StR. Wessaly verlangt die Herstellung eines geräuschvermindernden Pflasters bei der Mariahilfer Kirche, StR. Hermann ein solches in der Lustkandelgasse vor der Canisiuskirche. StR. Braun

wünscht die Regulierung der Rinnböckstraße im 11. Bezirk und die Regulierung des neuen Verbindungstrokes zwischen Simeringer Hauptstraße und Dorfstraße.

- StR. Brauneiß wünscht die Pflasterung der Schweglerstraße, welche als Verbindungsstraße zwischen dem 14., 15. und 16. Bezirke eine sehr verkehrsreiche Straße ist. - StR. Grünbeck wünscht die Pflasterung der Lacknerstraße im 17. Bezirk. - StR. Schneider wünscht die Pflasterung der unbenannten Straße von dem Brigittaplatze bis zum neuen Marktplatze im 20. Bezirk. Ferner die Pflasterung der Hellwagstraße bis zum Abschluß der Bahndurchlässe.

Bei der Post „Beitrag des n.-ö. Landesfonds zur Straßenerhaltung“ beantragt Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Einleitung von Verhandlungen durch den Magistrat zur Erhöhung der mit 280.000 K veranschlagten Kosten. StR. Rain tritt gleichfalls für diesen Antrag ein. - ~~Beitrag~~

Bei der Post „Beiträge für die Straßenreinigung“ regt StR. Schmid die Einhebung einer Gebühr von jenen Firmen an, welche in den Straßen Reklameschilder verteilen lassen und die dann, da sie von den Passanten weggeworfen werden, die Straßen verunreinigen.

Die Beratung wurde in später Abendstunde abgebrochen und gedieh bis zur Gruppe VIII. Ueber den Verkauf der Beratung werden wir morgen berichten.

Approvisionnement Der gemeinderätliche Approvisionierungsausschuß hielt heute in Anwesenheit des Bürgermeisters unter Vorsitz des Obmannes Gemeinderates Dr. Klotzberg und des Obmann-Stellvertreters Stadtrat Dechant eine Sitzung ab. Nach einer Berichte des GR. Dr. Klotzberg wurde der Einbau je einer Stiege an der Rampe beim 2. und 4. Tore der Viktualienhalle der Großmarkthalle in der Invalidenstraße beschlossen. Nach einem Berichte des GR. Partik wurden zu den Kosten der von der Gemeinde Wien bewirkten Brandschadenversicherung für alle auf dem Zentralviehmarkte St. Marx befindlichen lebenden Markttiere die Beiträge festgesetzt. GR. Partik erstattete sodann ein eingehendes Referat über den Antrag der Handelspolitischen Kommission auf Errichtung einer Uebernahmestelle für Milch. Schließlich wurde der Bericht des Magistrates über den in der letzten Sitzung des Gemeinderates von den Vertretern aller Parteien eingebrachten Antrag auf Herabsetzung der Getreidesülle vorgelegt. Nach eingehender Erörterung wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die k.k. Regierung wird aufgefordert, sofort im Sinne des Artikels VIII des Gesetzes vom 13. Februar 1906 R.G.Bl. Nr. 20 vorübergehend eine entsprechende Herabsetzung für Zölle auf für Weizen und Roggen zu veranlassen.

2. Die k.k. Regierung wird neuerlich aufgefordert, auf die endliche Erfüllung der von der kgl. ung. Regierung im letzten Absatze des Artikels XII des Gesetzes vom 30. Dezember 1907 R.G.Bl. Nr. 278 übernommenen Verpflichtung den Geschäftsverkehr in der Budapestener Bufe zu reformieren, mit allen Nachdrucke zu dringen.

3. Die k.k. Regierung wird aufgefordert, die genaue statistische Erfassung der im Inlande vorhandenen Getreidevorräte im Gesetzeswege festzulegen, die Verlautbarung dieser Vorräte zu regeln und sich weiters mit der kgl. ung. Regierung wegen analoger gesetzlicher Verfügungen für den Bereich der Länder der ungarischen Krone ins Einvernehmen zu setzen.

Diese Beschlüsse wurden sofort an den Stadt- und Gemeinderat geleitet.